



An den designierten
Bundespräsidenten Ignazio Cassis
Eidg. Departement des Äusseren
Bundeshaus West
3003 Bern

ignazio.cassis@eda.admin.ch

Bern, 9. Dezember 2021

Was wir JETZT brauchen:

Angemessene Unterstützung und Schutzmassnahmen in der Covid-Pandemie für Familien, Betreuende und Lehrpersonen!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Am 6. Juni 2020 forderte eine Allianz von 42 Frauen- und Mütterorganisationen 10 Sitze in der Covid-Taskforce des Bundes.

Herr Bundesrat Alain Berset antwortete uns am 18. Juni 2020 und verdankte unseren unermüdlichen Einsatz in der unmittelbaren Bewältigung der Krise.

Gleichzeitig stellte er eine Würdigung des Einsatzes der Frauen und Mütter im Zuge der anstehenden Evaluation der Krisenbewältigung in Aussicht. Die Realisierung dieser Würdigung wäre im Zuge der Vorbereitung auf eine allfällige zweite Welle vorgesehen gewesen. Bundesrat Berset stellte ebenfalls in Aussicht, dass der Bundesrat die Zusammensetzung des Krisenstabs zur Bewältigung der Coronakrise, KSBC, überprüfen werde, damit auf unsere Forderungen eingegangen und Anliegen berücksichtigt werden können.

Der KSBC wurde mit der Beendigung der ausserordentlichen Lage aufgelöst und von anderen Gremien abgelöst. Wir begrüssen den zunehmenden Frauenanteil in der Taskforce, **in den**

entscheidenden Gremien findet sich unseres Wissens aber **keine Frauen- oder Müttervertreterin**.
Unterdessen sind wir in der fünften Pandemiewelle. **Wir warten immer noch.**

Wir fordern:

1. Das Recht auf Bildung sichern und offene Schulen garantieren!

- Deutlich mehr Ressourcen für flächendeckende Massentests an Schulen und in Betreuungseinrichtungen ohne Belastung für Lehrpersonen und Schulleitende.
- Luftfilter und CO2-Messgeräte in allen Schulen und Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen.
- Entlastungspersonal für Bildungseinrichtungen: zusätzliche ständige Entlastungsperson pro Schulklasse zur Verfügung stellen.
- Krisenlohnzuschlag für Personal in Schulen und Betreuungseinrichtungen als Anerkennung der seit beinahe 2 Jahren geleisteten Mehrarbeit.

2. Betreuung sichern

- Schweizweite Notfallbetreuungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen bis 16 Jahre: Für symptomatische Kinder bis ein Testergebnis vorliegt, für Kinder in Quarantäne oder bei pandemiebedingt abgesagten Ferienprogrammen.
- Rasches Hochfahren von schulpsychologischer Unterstützung und Schulsozialdiensten, mittelfristig nationales Postpandemieprogramm finanzieren und garantieren.

3. Kinder und Teenager schützen

- Möglichst rasche Impfstoff-Freigabe für Kinder unter 12 Jahren.
- Impfbusbesuche in den Schulen.
- Ausbau von Beratungsangeboten für Kinder und Teenager sowie breitenwirksame Kampagnen, um auf diese aufmerksam zu machen.
- Versorgungsstrukturen in der ambulanten und stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie stärken und ausbauen.

(Die letzten zwei Punkte sind Forderungen aus dem aktuellen Corona-Report von Pro Juventute, die wir vollumfänglich unterstützen)

4. Leistungen von Müttern während der Pandemie erheben, anerkennen und finanzieren

- Systematische und flächendeckende Freistellung von Erwerbsarbeit für Eltern mit Kindern in Quarantäne oder mit kranken Kindern ab dem ersten Tag (kein Homeoffice!). Entschädigungen für Selbständigerwerbende via EO.
- Sonderprämie für Extrakrisenleistung in der Betreuung, Bildung und Versorgung von Kindern an Mütter von 1000.–/Monat (2000.–/Monat für Geringverdienerinnen oder Mütter ohne Lohnarbeit).

Hintergrund

Kantone und Bund beschliessen zu wenig Massnahmen zum Schutz von Kindern und zur Entlastung von Eltern, Bildungs- und Betreuungspersonen. Die Verantwortungsdiffusion zwischen Bund und Kantonen ist in in dieser Krisensituation kein haltbarer Zustand. Mehrere Kantone verweigern sogar Massentests an den Schulen, solange sie die Kosten dafür selber tragen müssen. Das Szenario geschlossener Schulen und überlasteter Bildungsakteure und Mütter wird deshalb sehr bald wieder traurige Realität. Dies entgegen den Versicherungen von Seiten Bund und EDK, offene Schulen seien zu garantieren, damit die Chancengerechtigkeit sichergestellt werden kann.

Im Sommer 2021 wurde die **Vorbereitung möglicher Schutzmassnahmen** (Stellvertreterspringer aufbauen an Schulen, professionelles Testmanagement ausserhalb der Schule, Bereitstellung von

Luftfiltergeräten für die Schulzimmer, Klassengrössen reduzieren, rechtzeitige Boosterkampagne mit Priorität für Gesundheits- und Care-Personal einfädeln, mobile Impf- und Testteams aufgleisen, psychologische Unterstützung an Schulen erweitern etc.) **sträflichst vernachlässigt**.

Klassen- und Schulschliessungen sind die Konsequenz, da sich die Schulen und Betreuungseinrichtungen entgegen anfänglicher Behauptungen als Herd der Ansteckungen entpuppen. Dass Kinder sich ähnlich wie Erwachsene sowohl mit Covid-19 infizieren und das Virus auch übertragen können, ist der Schweizer Regierung spätestens seit dem Policy Brief der Swiss National Covid 19 Taskforce vom April 2021 bekannt. Ebenso hat diese Task Force im Januar 2020 mehr als frühzeitig auf sinnvolle Massnahmen im Schulsetting hingewiesen. Dies noch bevor die Delta-Mutation eine deutlich höhere Infektiosität mit sich gebracht hat. Erste Daten zur neuen Omikron-Virusvariante deuten darauf hin, dass jüngere Menschen davon deutlich stärker betroffen sind.

Auch die entwicklungspsychologischen und volkswirtschaftlichen Folgen der Long-Covid-Problematik lassen die ungebremste Durchseuchung in den Schulen als grobfahrlässig erscheinen. Somit erhöht sich die Dringlichkeit in Schulen systematische und präventive Schutzmassnahmen so rasch wie möglich flächendeckend umzusetzen.

Art. 11 Abs. 1 der Bundesverfassung hält fest, dass Kinder und Jugendliche Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung haben. Aus Sorge um unsere Kinder fühlen wir uns verpflichtet, den Bund daran zu erinnern, dass wir diesen Schutz der Unversehrtheit in der öffentlichen Schule einfordern.

Wir zählen jetzt auf Sie und erwarten auf Bundesebene die Verordnung von verbindlichen Schutzmassnahmen im Schulsetting und einen deutlich höheren Einsatz für die Anliegen von Müttern, Bildungs- und Betreuungspersonen und den ihnen anvertrauten Kindern. Ansonsten behalten wir uns vor, das Recht auf besonderen Schutz auf juristischem Wege einzufordern.

Kollektiv EKdM

Die EKdM entstand im Anschluss an die Kinderwagendemo zum Frauenstreik vom 14. Juni 2019. Sie vereint Mütter, Grossmütter, alle bezahlten und unbezahlten Kinderbetreuerinnen, Kita- und Tageschulmitarbeiterinnen, Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Tagesmütter. Die EKdM setzt sich für gute Bedingungen für gute Kinderbetreuung ein. Sie berät Rätinnen und Räte in Sachen feministische Mütterpolitik. Sie interveniert in die politische Debatte und legt den Finger auf die skandalösen Bedingungen von Mutterschaft und Kinderbetreuung in der Schweiz und anderswo. Die EKdM ist Teil des Frauenstreikkollektivs und mit der Cftm auch in der Romandie vertreten.